

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 081-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.0371

Eingereicht am: 17.03.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Haas (Bern, FDP) (Sprecher/in)
Beutler-Hohenberger (Gwatt, EVP)
Jost (Thun, SVP)
Krähenbühl (Rubigen, BDP)
Schwarz (Adelboden, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 20.03.2014

RRB-Nr.: 617/2014 vom 14. Mai 2014
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme**



Standesinitiative: Prioritäre Berücksichtigung der Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri (A6)

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Bern der Bundesversammlung folgende Standesinitiative:

Der Bund wird aufgefordert, die Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri (A6) prioritär zu behandeln und ins Modul II des Engpassbeseitigungsprogramms aufzunehmen.

Begründung:

Täglich stauen sich die Fahrzeuge auf der Autobahn A6 zwischen Bern-Wankdorf und Muri in beiden Richtungen. Mit 70 000 Fahrzeugen pro Tag ist dieses Teilstück eines der meistbefahrenen der Schweiz. Der Engpass im Osten Berns hat weiträumige Auswirkungen auf den Verkehrsfluss Richtung Berner Oberland und Wallis (Touristen, Pendler, Berufsverkehr). Zudem wirken sich die Rückstaus auch auf die nationale West-Ost-Verbindung aus. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat zusammen mit Kanton und Region Bern sowie den betroffenen Gemeinden eine Bestvariante für die Engpassbeseitigung erarbeitet. Im Planungsprozess sind alle Beteilig-

ten wesentliche Kompromisse eingegangen, so dass die vorliegende Lösung fachlich unbestritten und ohne gleichwertige Alternative ist.

Das Vorhaben will die heutige Autobahn zwischen den Anschlüssen Wankdorf und Muri teilweise auf drei Spuren ausbauen und weitgehend in den Untergrund verbannen. Kernstück ist der unterirdische Bypass Ostring-Saali. Die bestehende Autobahn würde im Gegenzug zu einer Stadtstrasse rückgebaut. Das Projekt für einen unterirdischen Bypass Ostring-Saali, das 1,5 Mrd. Franken kostet, schlägt mehrere Fliegen auf einen Streich:

- Es sorgt für eine wirkungsvolle Engpassbeseitigung.
- Es verbessert die Anbindung des Berner Oberlands (200 000 Einwohner) und des Wallis ans Nationalstrassennetz.
- Es sorgt für eine Stadtreparatur und schafft im Grossraum Bern Potenzial für eine Siedlungsraumentwicklung nach innen. Damit und dank einer weitgehend unterirdischen Linienführung wird Kulturland geschont.
- Es reduziert die Belastung durch Lärm und Abgase in stark besiedeltem Gebiet.

Insgesamt ist das Vorhaben von grosser Bedeutung für die Umsetzung des Agglomerationsprogramms Bern und der wirtschaftlichen Entwicklung der ganzen Hauptstadtregion Schweiz. Trotzdem hat der Bundesrat die Priorität des Projekts in seiner neuesten Botschaft auf nicht nachvollziehbare Weise zurückgestuft. In seiner Botschaft «Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel für die zweite Periode des Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz» vom Februar 2014 hat er den Ausbau der Strecke von Bern-Wankdorf bis Muri gegen den Widerstand des Kantons Bern, der Region Bern-Mittelland und der betroffenen Gemeinden im Vergleich zur ersten Botschaft aus dem Jahre 2009 vom zweiten ins dritte Modul zurückgestuft. Eine Lösung des Verkehrsproblems würde damit in weite Ferne rücken – und damit auch die nachhaltige Siedlungsentwicklung in der Region.

Der Bund wird aufgefordert, diese Zurückstufung rückgängig zu machen, indem er die Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf–Muri (A6) prioritär behandelt und ins Modul II des Engpassbeseitigungsprogramms aufnimmt.

Antwort des Regierungsrates

Die Engpassbeseitigung beim Nationalstrassenabschnitt Bern-Wankdorf – Muri ist ein Projekt, das für die künftige Entwicklung der Hauptstadtregion und damit des ganzen Kantons enorm wichtig ist. Es ist staatspolitisch problematisch, dass der Bundesrat in der Engpassbeseitigungsvorlage dem Grossraum Bern nur ein unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum zugestehen will. Und es ist stossend, dass der Kanton Bern bei der Mittelverteilung für die Engpassbeseitigung bis 2030 weitgehend leer ausgehen soll. Der Regierungsrat unterstützt daher die Forderung der Motionäre, beim Bund eine Standesinitiative zur prioritären Behandlung des Projekts einzureichen, voll und ganz.

Der Engpass zwischen Bern-Wankdorf und Muri ist mit täglich über 70'000 Fahrzeugen einer der bedeutendsten im ganzen Nationalstrassennetz. Er verursacht täglich jeweils am Morgen und am Abend zahlreiche Stautunden mit grossen negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen im

ganzen Kanton. Die Erreichbarkeit in und aus Richtung Oberland und Wallis wird stark beeinträchtigt. Die Rückstaus bis zum Knoten Wankdorf wirken sich negativ auf die West-Ost-Achse (A1) aus. Gleichzeitig wird bei Überlastungssituationen vermehrt Verkehr auf das regionale Kantons- und Gemeindestrassenetz verdrängt. Darunter leiden die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Fussgänger- und Veloverkehr und der öffentliche Verkehr bleibt im Stau stecken. Diese Problematik wird sich aufgrund des prognostizierten Verkehrswachstums noch verschärfen.

Es liegt ein von den Fachstellen von Bund, Kanton, Region und Gemeinden breit akzeptiertes und planerisch fortgeschrittenes Engpassbeseitigungsprojekt vor, das vorsieht, die Autobahn in einem Bypass zwischen dem Raum Schosshaldenfriedhof und Muri weitgehend unterirdisch zu führen und die bestehende Autobahn zu einer zweispurigen Stadtstrasse zurückzubauen. Damit könnte die Stausituation wirkungsvoll entschärft werden. Gleichzeitig würden die städtebaulichen Sünden der Vergangenheit, und deren negative Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung, beseitigt und ein grosses Potenzial für die raumplanerisch erwünschte Siedlungsentwicklung nach Innen geschaffen werden. Kulturland wird so optimal geschont.

Im Rahmen seiner Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage zum "Bundesbeschluss über das zweite Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel" hat sich der Regierungsrat am 14. August 2013 gemeinsam mit der Region Bern und den betroffenen Gemeinden klar für eine Aufnahme des Projekts ins Modul II des Engpassbeseitigungsprogramms ausgesprochen. Zudem hat er sich auf Bundesebene bei verschiedenen Gelegenheiten intensiv für das Anliegen eingesetzt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang schliesslich, dass im Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF), der im Moment zur Diskussion steht, genügend Mittel für die Engpassbeseitigungsprojekte eingestellt werden.

An den Grossen Rat